

Heile und weniger heile Familien – Anfragen an die Kirche und ihre Caritas (Prof. Dr. Georg Cremer, DCV)

Die katholische Kirche hat eine klare Vorstellung davon, was eine heile Familie ist: Mann und Frau entscheiden sich für die Ehe als Lebensform der Liebe und bekennen dies vertrauensvoll vor Gott und der Gemeinde. Sie entgrenzen diese Liebe, indem sie Kindern das Leben und ihre Fürsorge schenken und bleiben in guten wie in schlechten Tagen in gegenseitiger Verantwortung zusammen, bis dass der Tod sie scheidet.

Man kann zu dieser Leitperspektive aus vollem Herzen stehen, und dennoch die Realität vielfältiger Lebens- und Familienformen heute anerkennen. Wie Frau Prof. Böllert dargelegt hat, lebt der überwiegende Anteil der Kinder auch heute bei ihren verheirateten Eltern. Für die Allermeisten gehört eine auf Treue und Verlässlichkeit aufbauende Partnerschaft mit Kindern zu ihrer Vorstellung eines gelingenden Lebens. Frontalangriffe auf diese Vorstellung, wie sie in den gesellschaftlichen Aufbrüchen und Irrungen der 1960er und 1970 Jahre formuliert wurden, die eine lebenslange Ehe nur als neurotische Verklammerung und als vertraglich abgesicherte Freiheitsberaubung sehen konnten, haben auf die gesellschaftlichen Wertvorstellungen keinen nachhaltigen Einfluss ausüben können. Die Tatsache, dass die durchschnittliche Dauer der Ehen, die geschieden werden, heute länger ist als noch vor zwei Dekaden, zeigt, dass die Vorstellung eines allgemeinen Verfalls der Bereitschaft zu Verlässlichkeit und Treue unsere Wirklichkeit nicht trifft.

Allerdings: Nicht alles war heil in den heilen Familien. Daher sollte man die Zeiten, in denen eine Ehescheidung die rare Ausnahme war, nicht nostalgisch überhöhen. Ehen blieben oft auch dann zusammen, wenn sie kein Ort gegenseitiger Liebe und Verantwortung waren, sondern für einen oder beide Partner die Hölle auf Erden. Gesellschaftliche Konvention und ökonomische Abhängigkeit zwangen sie dennoch zusammen. Insbesondere für Frauen bedeutete eine Scheidung gesellschaftliche Isolation und Armut. Heute sind diese weitgehenden Zwänge überwunden. Die Paare, die heute in Deutschland ein Leben lang zusammenbleiben, tun dies in aller Regel in Freiheit. Dies ist ein gesellschaftlicher Fortschritt, der allerdings auch seine Kosten hat.

Denn es kann nicht darum gehen, die Folgen von Scheidung zu bagatellisieren, die Folgen für die Kinder und ggf. auch für den Partner oder die Partnerin, der oder die die Ehe nicht aufgeben wollte. Das Ausmaß des Scheiterns vieler, die im festen Vertrauen auf einen lebenslangen Bund die Ehe geschlossen haben, ist bedrückend. Unsere diesjährige Kampagne „Familie schaffen wir nur gemeinsam“ hat es in dem Plakat „Vater – Mutter – Scheidungskind“ thematisiert. Der dazu gehörende Filmspot zeigt ein Kind aus einer zerbrochenen Ehe, dessen Eltern sich ernsthaft und redlich bemühen, Ihrem Kind weiterhin Vater und Mutter zu sein, die sich außergerichtlich auf ein faires Besuchsrecht geeinigt haben, und die dennoch erleben müssen, dass sich ihr Kind zwischen beiden Elternteilen emotional hin- und hergerissen erlebt. Es hat teilweise harsche Kritik an diesem Spot gegeben; er verurteile Eltern, die in einer schwierigen Trennungssituation stehen und sich intensiv um einen gangbaren Weg bemühen. Der Vorwurf ist aber bei näherem Nachdenken nicht haltbar. Zur ganzen Wahrheit gehört es eben auch, die Verletzungen nicht zu tabuisieren, die auch ein vorbildliches Verhalten der getrennten Eltern nicht aus der Welt schaffen kann. Deswegen sind die elterlichen Bemühungen ja nicht vergebens, weil die Folgen für das Kind noch viel schlimmer sind, wenn die Eltern nach ihrer Trennung in einem dauernden Kampf verhakt bleiben. Der Spot lässt den Zuschauer in der Spannung zwischen Bemühung um Bewältigung der Trennung und Verletzung, er schafft Nachdenklichkeit ohne zu verurteilen. Es geht in der Kampagne ja auch darum, Bedingungen für Familien (z.B. Zeitressourcen) so zu verbessern, dass Belastungen, die Trennungen befördern, abgebaut werden können.

Wie immer wir Familie definieren, wir sind auch hier gefordert, an die Ränder zu gehen, um mit Papst Franziskus zu sprechen. Der schwierige Balanceakt eines kirchlichen Verständnisses von Ehe und Familie ist es, den Wert eines auf lebenslanger Treue bauenden und vor Gott geschlossenen Verbindung zwischen Frau und Mann hochzuhalten, ohne andere Familienformen abzuwerten oder ihnen abzusprechen, Familie zu sein. Auch in Patchwork-Familien, in den Familien von Alleinerziehenden werden liebevolle generationsübergreifende

Beziehungen gestaltet, wird Verantwortung gelebt und eingeübt, erfahren Menschen Geborgenheit und Schutz. Wir sprechen hier gerne und manchmal zu schnell von Konstellationen des Scheiterns. Gerade in der aktuellen Auseinandersetzung zum Umgang der Kirche mit wiederverheiratet Geschiedenen ist es hilfreich, die existenzielle Dimension des Scheiterns aller menschlichen Bemühungen besser in den Blick zu nehmen, um einen unbarmherzigen Umgang mit wiederverheiratet Geschiedenen zu überwinden. Aber das Reden über das Scheitern führt in die Irre, wenn dies zu einer personalen Zuschreibung für diejenigen wird, die in einer Patchwork-Familie oder als wiederverheiratet Geschiedene leben. Ein Scheitern ist insofern ein Teil ihrer Biographie, als es ihnen nicht gelungen ist, das Versprechen, das sie ihrem ersten Partner oder ihrer ersten Partnerin in der Hoffnung auf eine dauernde liebevolle Verbindung gegeben haben, zu halten, aus welchen Gründen auch immer. Aber – so ist zu hoffen – vielleicht erleben sie in ihrer neuen Verbindung das gelingende Leben, das sie sich in ihrer früheren Beziehung erhofft haben, und nehmen die liebevolle gegenseitige Verantwortung wahr, die zur Substanz eines kirchlichen Eheverständnisses gehört. Sie werden dann – zu Recht – sich selbst als Personen wahrnehmen, die trotz aller Brüche in ihrer Biographie ein gelingendes Leben führen. Zudem ist, wenn wir als Christen vom Scheitern sprechen, jeder Duktus zu vermeiden, als seien es nur die Anderen, die scheitern. Gelingen und Scheitern ist Teil jeder Biographie, weil es keinen Wunsch nach Gelingen gibt, der nicht dem Risiko des Scheiterns ausgesetzt ist.

Wem es vergönnt ist, dauerhaft in einer gelingenden Ehe zu leben, kann einerseits etwas stolz sein, denn beide Partner werden einiges dafür geleistet haben: durch ehrliche Kommunikation, durch den Abgleich ihrer Erwartungen und Interessen, durch gegenseitige Anteilnahme am Leben des Anderen, durch eine guten Mischung aus Konflikt und Versöhnungsbereitschaft und auch durch das duldsame Ertragen der Schwächen des jeweils anderen. Aber dennoch, sie sollten ihre gelingende Ehe eher als Gnade und weniger als Ausdruck eigener Leistung ansehen. Und ein letzter Grund, vom Scheitern nicht als dem Scheitern der Anderen zu sprechen: Wie sehr Menschen auch innerhalb der Kirche und ihrer Caritas scheitern können und wie sehr diese als Institutionen versagen können, zeigen die Vorkommnisse der Gewalt in Heimen und der sexuelle Missbrauch: Gründe einer Vertrauenskrise der Kirche, die wir weiterhin zu bewältigen suchen.

Die Kirche tut sich schwer mit wiederverheiratet Geschiedenen und den neuen Familien, die sie bilden. Im Gesprächsprozess der Bischöfe wurde erneut deutlich, wie überwältigend der Wunsch vieler engagierter Katholiken ist, dass die Kirche den dauerhaften Ausschluss von wiederverheiratet geschiedenen Gläubigen vom Empfang der Sakramente überwindet. Dies galt lange bzw. gilt auch heute als lehramtlich entschieden, aber Äußerungen von Papst Franziskus zeigen, dass hier nicht alles festgezurrert zu sein scheint. Nun sind hier theologische Fragen anzusprechen; ich bin, wie Sie wissen, kein Theologe. Ich persönlich finde die Argumente überzeugend, die der Freiburger Moraltheologe Eberhard Schockenhoff gegen die Position formuliert hat, die zweite Zivilehe stelle dauernden öffentlichen Ehebruch dar, die ja die Grundlage für den dauerhaften Ausschluss von den Sakramenten darstellt: Hier sei weiterhin ein Ehebegriff dominant, der die Ehe als Vertrag interpretiere, der auch die Zerrüttung der Ehe überdauere und somit eine neue Beziehung ausschliesse. Dagegen betone das Zweite Vatikanische Konzil eine personal-ganzheitliche Vorstellung der Ehe als Bund, die eine andere Bewertung zulasse. Aus dem Sakrament der Ehe als einem Zeichen der barmherzigen Nähe Gottes werde eine religiöse Sanktion, die einen gangbaren Ausweg für diejenigen, deren Ehe gescheitert sei, dauerhaft verschliesse. Auch negiere der Automatismus der kirchenrechtlichen Sanktion die originäre Kompetenz des Gewissens, was die letztverantwortliche Beurteilung persönlicher Lebensumstände angeht. Schockenhoff spricht vom pastoralen Super-GAU, wenn die Kirche von vielen nicht mehr als eine Versöhnungsgemeinschaft wahrgenommen werden könne. Ich möchte ergänzen, dass die Verurteilung der zivilen Zweitehe – unabhängig von den persönlichen Umständen, die zu ihr führten – und die Verurteilung der in ihr gelebten Sexualität die Kirche in eine kaum mehr überbrückbare Distanz auch zu den reflektierten Moralvorstellungen einer breiten Mehrheit der Bürger einschließlic vieler, vieler Katholiken führt. Dieser breite Graben schwächt die Kirche im ethischen Dialog mit der Gesellschaft, denn sie kann nur wirksam für das Wertefundament einzutreten, auf das Familienpolitik in einer demokratischen Gesellschaft angewiesen ist, wenn

sie die Menschen erreicht. Dieser Dienst der Kirche in unserer Gesellschaft ist aber unverzichtbar. Schockenhoff plädiert für einen Weg, der zu einer Einladung wiederverheirateter Geschiedener zu den Sakramenten führt, sowie dafür, ihrem Wunsch zu entsprechen, in einer liturgischen Form um den Segen Gottes für ihre neuen Beziehung bitten zu können. Ich weiß natürlich, dass es andere theologische Ansichten gibt, die ihrerseits ihre Begründungen haben. Zumindest sollten die Argumente von Schockenhoff und anderen im Gesprächsprozess offen diskutiert werden. Vor wenigen Tagen wurde eine pastorale Handreichung des Seelsorgeamts der Erzdiözese Freiburg veröffentlicht, die an dem Hirtenwort der oberrheinischen Bischöfe von 1993 anschließt. Ich hoffe, dass daraus ein Weg wird, den die ganze deutsche Kirche beschreitet und der auch Einfluss in der Weltkirche hat.

Brennend für die Caritas als Dienstgemeinschaft und als Arbeitgeber ist der arbeitsrechtliche Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen. Dies ist aber nicht Thema dieses heutigen Fachtages, es geht heute um das Wirken von Kirche und Caritas in die Gesellschaft, nicht um Fragen des innerkirchlichen Arbeitsrechts. Dennoch ein kurzes Wort: Eine Kirche, die wiederverheirateten Geschiedenen einen Weg zum Empfang der Sakramente eröffnet und ihre neue Beziehung segnet, wird sie ohne Wenn und Aber zur Mitwirkung zum caritativen Dienst zulassen. Aber auch unabhängig von der theologischen Bewertung gilt das Wort, das Präsident Neher 2010 an Sie richtete: „Hier brauchen wir auch eine arbeitsrechtliche Lösung zum Umgang mit geschiedenen und wiederverheirateten Paaren – und zwar bevor uns die Gerichte unsere Unbarmherzigkeit um die Ohren hauen.“ Dieser Appell ist keine pragmatische Reaktion auf Alltagsprobleme wie etwa den Fachkräftemangel, sondern wir brauchen eine grundlegende Änderung um der Menschen willen. Wir bräuchten sie auch dann, wenn wir uns vor qualifizierten Bewerbern nicht retten könnten. Ich weiß natürlich, dass in vielen, vielleicht in den meisten Fällen – so genau weiß das niemand – Mitarbeitende in unseren Diensten und Einrichtungen, die eine zivile Zweitehe abgeschlossen haben, nicht gekündigt werden. Aber es gibt eben in der Kirche und ihrer Caritas immer wieder auch die anderen Fälle. Diese bestimmen das Bild der Kirche, weil andererseits die Weiterbeschäftigung nicht selten eher verschämt erfolgt. Es gibt weiterhin Mitarbeitende kirchlicher Arbeitgeber, die sich als Partner einer neuen Verbindung nicht öffentlich zu ihrer Verantwortung bekennen können.

Familien sind zum Glück häufig Orte des Gelingens, und sie sind Leistungsträger in unserer Gesellschaft. In dem verständlichen Wunsch, bedrängten Familien beizustehen, müssen wir uns vor einer Rhetorik hüten, die die Familie zu einer bedauernswerten, ständig bedrohten Spezies erklärt. Eine Rhetorik des Jammertals ist ungeeignet, Menschen Mut zu machen, ein Leben in Partnerschaft und Familie zu wagen. Vielleicht gibt es diese Tendenz zur Rhetorik von Bedrohung und Schwere, weil wir glauben, damit im Kampf um Ressourcen und öffentliche Aufmerksamkeit Unterstützung für Familien durchsetzen zu können. Erfolgversprechender erscheint es mir aber, mit dem zu argumentieren, was Familien leisten. Vorrangig sind es, die Kinder erziehen und betreuen. Sie sind Orte, in denen Verlässlichkeit gelebt und Solidarität gelernt wird. Sie sind der primäre Ort, an dem die Wertgrundlagen sozialen Zusammenlebens vermittelt werden. Während Beziehungen zwischen den sich nicht nahestehenden Mitgliedern einer Gesellschaft notwendigerweise Rechts- oder Tauschbeziehungen sind, können sich Menschen in ihrer Familie als voraussetzungslos angenommen fühlen, einfach weil sie dazugehören. Familien sind Orte, die nicht nach Leistung und Gegenleistung funktionieren. Ich vermute, dass die in den Familien erfahrene Solidarität eine notwendige Voraussetzung dafür ist, dass Menschen Empathie für andere entwickeln und bereit sind, Systeme gesellschaftlicher Solidarität, die immer ein Element der Zwangssolidarität beinhalten, als wählende Bürger und als Steuerzahler mitzutragen. Familien sind Orte generationenübergreifender Kooperation, viele gelungene Arrangements der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beruhen auf der Mitwirkung von Großeltern und auf Netzwerken zwischen Familien, die diese völlig unabhängig von sozialstaatlichen Angeboten knüpfen. Die Familien sind der primäre Ort, wo hochbetagte Menschen gepflegt und betreut werden. Ohne diese Leistungen der Familien stünde unsere Pflegeversicherung vor dem finanziellen Ruin.

Es gibt also keinen Grund, Familien zu klientelisieren. Der Slogan unserer diesjährigen Kampagne „Familie schaffen wir nur gemeinsam“ heißt nicht, dass Familien ohne ständige fürsorgliche Belagerung durch uns und andere nicht zurechtkommen können. Sondern: Damit Familien – und auch Familien, die über weniger Ressourcen verfügen als Familien der

Mittelschicht – ihre Leistungspotentiale entfalten können, brauchen sie Rahmenbedingungen, die hierfür förderlich sind. Vorrangig steht ihnen Unterstützung zu, nicht weil sie bedürftig, sondern weil sie Leistungsträger sind. Wir begründen ja auch die Förderung von Kunst und Kultur nicht damit, dass Künstler arme Schlucker sind (obwohl die Armutsquote unter Künstlern höher sein dürfte die der Familien), sondern weil Kunst und Kultur für diese Gesellschaft als Bereicherung, als intellektuelle Ressource, als Element eines lebenswerten Lebens unverzichtbar sind.

Nun muss sich die Caritas natürlich vorrangig um die Familien sorgen und sie unterstützen, die ohne spezifische Unterstützung ihre Leistungspotentiale nicht entfalten können oder in der das Wohl der dort aufwachsenden Kinder gefährdet ist. Diese Kinder zu fördern, kann nur mit den Eltern, und nicht gegen sie gelingen. Die Zusicherung unserer Verfassung gilt für alle Eltern: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“ (GG Art. 6,2) Die staatliche Gemeinschaft wacht, wie es weiter heißt, über ihre Betätigung, sie kann sie aber nicht ersetzen oder weitestgehend verdrängen. Dies ist ein Schutzartikel gegen staatliche Übergriffigkeit. Familienpolitik in einer freien Gesellschaft kann gedeihliche Rahmenbedingungen schaffen für Familien, sie kann, sofern erforderlich, Hilfen anbieten zur Befähigung von Familien, sie kann aber nicht die Erziehung innerhalb der Familie nach einem bestimmten Modell optimieren. Dies wäre ein zum Scheitern verurteilter sozialtechnokratischer Ansatz. Also muss die Politik, also müssen wir das uns mögliche tun, Bedingungen zu schaffen und – wo notwendig -Angebote der Befähigung bereitzustellen, damit Eltern ihrer Verantwortung gerecht werden können. Dabei müssen wir gleichzeitig ihre Entscheidung, wie sie Familie leben wollen, respektieren.

Für Familien in prekären Lebenssituationen, für Menschen an den Rändern der Gesellschaft leistet die Caritas viel. Und so wichtig die theologischen Fragen sind, über die ich anfangs versucht habe zu sprechen: die Kirche, zu der wir gehören, hat uns nie gehindert an die Ränder der Gesellschaft zu gehen. Wenn wir dort nicht waren – z.B. weil die Ränder nicht im Fokus unserer unternehmerischen Entscheidungen standen -, so war dies unser eigenes Versäumnis. Es war nie strittig, dass die Caritas für alle Menschen tätig ist, die ihre Hilfe suchen, wie gebrochen auch immer ihre persönliche Lebenssituation ist und ob ihre Lebensweise kirchliche Billigung findet oder nicht. Ich kann das, was die Caritas leistet, nur exemplarisch ansprechen: Das von der Caritas entwickelte Haushaltsorganisationstraining befähigt Familien, die ihren Alltag nicht alleine bewältigen können. Sie schafft häufig erst die Voraussetzungen dafür, dass weiterreichende Hilfen wirken können. Ambulante Beratungsangebote stützen Familien in psychosozialen Problemlagen und helfen bei der Durchsetzung sozialer Rechte. Heime der Jugendhilfe sind – entgegen verfestigten Vorurteilen – häufig der Ort, wo Jugendliche für ein gelingendes Leben befähigt werden. Die Migrationsdienste unterstützen dabei, bestehende Möglichkeiten zur Familienzusammenführung auszuschöpfen und begleiten minderjährige Flüchtlinge, damit sie den möglichen Ersatz finden für ihre Familie, die in ihrem Herkunftsland zurückblieb. Die Suchthilfe hilft dabei, die Resilienz von Kindern in suchtbelasteten Familien zu stärken und so die Langfristfolgen der Sucht ihrer Eltern zu mildern. Die Straffälligenhilfe setzt sich dafür ein, dass trotz der Haft ein Familienzusammenhalt möglich bleibt und Kinder an der Haft eines Elternteils nicht zerbrechen. Last not least: Die Kindertagesstätten unterstützen den Erziehungsauftrag, der bei den Familien liegt, in allen sozialen Schichten.

All dies ist unbestreitbar. Und dennoch dient unser Jahresthema auch der Selbstprüfung, ob wir alle unsere Potentiale nutzen, um benachteiligten Familien wirksam beizustehen. Wir sind tätig in einem Sozialstaat, der Hilfen nicht als Almosen bereitstellt, sondern definiert Rechtsansprüche auf Hilfe einräumt. Dafür hat sich die Caritas in ihrer langen Geschichte eingesetzt. Verbunden damit ist allerdings auch, dass Rechtsansprüche und Finanzierung dann greifen, wenn ein schwerwiegender Hilfebedarf und die damit verbundene prekäre Situation bereits eingetreten sind. Somit ist das heutige Hilfesystem nur mangelhaft verzahnt mit den Regelsystemen, die Familien stärken könnten. Das grundsätzliche Defizit unseres Sozialstaats liegt nicht in einem Mangel an spezifischen Hilfen, sondern in der ungenügenden Prävention sozialer Notlagen.

Hier liegt das große Potential für eine Weiterentwicklung unseres Sozialstaats, an der die Kirche und ihre Caritas mitwirken können. Es gibt aktuell zwei große Projekte im Verband,

die versuchen, diesem Mangel mit unseren Kräften abzuhelpen: Der Aufbau von Netzwerken früher Hilfen und die Sozialraumorientierung. Beide Projekte erfreuen sich einer hohen Beteiligung im Verband. Sehr erfreulich ist, dass wir auch mit den Katholischen Geburtskliniken in einem eigenen Projekt eng zusammenarbeiten, um Familien möglichst früh zu erreichen. Achtzehn Diözesanverbände beteiligen sich am neuen Projekt zur Sozialraumorientierung mit jeweils zwei bis drei Standorten. Neue Formen der Kooperation zwischen Kirche und ihrer Caritas sind im Projekt „Kirche findet Stadt“ erprobt worden, um Lebensbedingungen in Quartieren zu verbessern. Wir sollten die Chancen ergreifen, die in den Projektstandorten gemachten Erfahrungen auch andernorts zu nutzen. Die Zusammenarbeit zwischen uns und anderen in der Kirche, die Vernetzung mit anderen Kräften im Quartier, die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Kräfte kann auch Vertrauen für die Kirche zurückgewinnen, das derzeit an anderer Stelle verspielt wird.

Ich will auch das leidige Geld ansprechen: So wichtig natürlich auch bei der Sozialraumorientierung Finanzierungsfragen sind: hier ist auch bei uns mehr zu tun als der Ruf an Sozialversicherungsträger und Kommunen: „Wenn ihr uns das nötige Geld gibt, machen wir das auch noch!“ Frühe Hilfen erfordern ungewohnte Vernetzungen; das ist vor Ort manchmal schwer, selbst wenn alle demselben Verband oder derselben Kirche angehören. Sozialraumorientierung ist kein neuer Dienst, sondern eine methodische und fachliche Orientierung, die tief in die Alltagsarbeit der Dienste und Einrichtungen eingreifen wird, soll dieser Ansatz Erfolg haben. Chancen, auch die notwendige finanzielle Unterstützung für sozialräumliche Arbeit zu sichern und auch die den dafür erforderlichen sozialrechtlichen Änderungen zu erreichen, werden sich nur eröffnen, wenn die sozialräumlichen Ansätze an einer Vielzahl von Orten überzeugen konnten. Ich bin überzeugt, dass die Akzeptanz der sozialstaatlichen Sicherung und der Hilfen für Menschen in prekären Lebenslagen bei den breiten Mittelschichten gesichert werden kann, wenn der Sozialstaat sein Defizit bei der Prävention überwinden und zudem Befähigung stärker als heute bereits in den Regelsystemen geleistet werden kann. In dem politischen Prozess, der von Ländersseite zu den Hilfen zur Erziehung angestoßen wurde, sehe ich bei allen Risiken auch eine Chance dafür, sozialräumliche Ansätze sozialrechtlich zu verankern. Das wäre ein wichtiger Schritt einer Sozialpolitik für Familien in prekären Lebenslagen. Sie dient nicht allein der notwendigen Befähigung von Familien, sondern auch der Schaffung eines lokalen Umfeldes, das auch für Familien, die über weniger Ressourcen verfügen als andere, ein gelingendes Leben ermöglicht.

Noch offen scheint mir noch zu sein, ob es den bei Einzelfallhilfen im Wettbewerb stehenden Leistungsanbietern gelingen wird, das Maß an Kooperation aufzubringen, das für eine sozialräumliche Arbeit notwendig und wünschenswert ist. Hier sind insbesondere die vor Ort tätigen Wohlfahrtsverbände gefordert. Gelingt diese Kooperation nicht, steht nicht nur eine wirksame Hilfe für Familien auf dem Spiel, sondern letztlich auch die Leistungserbringung im Sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis und unsere Rolle als freie Träger in Frage.

Der stützenden, entlastenden und befähigenden sozialen Arbeit muss das sozialpolitische Engagement des Verbandes für Familien auf Bundes- und Länderebene entsprechen. Dazu gehört der Einsatz für eine angemessene Grundsicherung für Familien in Armut. Wir haben den Vorschlag entwickelt und im Detail durchgerechnet, den Kinderzuschlag zu einer einkommensabhängigen Kindergrundsicherung weiterzuentwickeln, dies würde alle Familien aus Hartz IV herausführen, deren Eltern über Erwerbsarbeit ihren eigenen Lebensunterhalt sichern können. Ihre Eltern sind Empfänger von Hartz IV, nicht weil sie langzeitarbeitslos oder nur geringfügig beschäftigt sind, sondern weil sie Kinder haben. Sie sind in einem System, das sich „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ nennt, falsch platziert. Dies entwertet ihre Beschäftigung; eine einkommensabhängige Kindergrundsicherung wäre die angemessene Form der Unterstützung.

Auch setzen wir uns seit Beginn dieser Jahreskampagne dafür ein, Elterngeld und Betreuungsgeld zu einer Leistung in Höhe von 300 Euro pro Monat zusammenzuführen, die alle Familien während der dreijährigen Elternzeit erhalten. Die Auszahlung kann auch in kürzeren Zeiträumen erfolgen, also z.B. 900 Euro pro Monat für ein Jahr oder 450 Euro pro Monat für zwei Jahre. Er würde den Geburtsfehler des Betreuungsgeldes aufheben, das Familien ausschließt, die sich den vollen Verzicht auf Erwerbstätigkeit eines Partners gar nicht leisten können und daher auf zumindest zeitweise Betreuung in einer Einrichtung angewiesen sind.

Und es würde die problematische Verteilungswirkung des Elterngeldes beenden. Die Wahlmöglichkeit bezüglich der Dauer der Unterstützung unterstützt sehr unterschiedliche Zeitarangements der Familien. Was wegfällt ist das hohe Elterngeld für gut verdienende Partner. Dieser Vorschlag ist aus Gerechtigkeitsüberlegungen gut begründbar. Aber auch er hat einen Nachteil: Der Schubs, den das heutige Elterngeld mit den zwei sog. Vätermönaten auch gut verdienenden Vätern gibt, mal zwei Monate auszusteigen und sich um ihr Kind zu kümmern, wird entfallen. Kein politisches Instrument kann alles erreichen.

Politik für Familien betrifft nicht allein die materielle Seite. Familien brauchen Zeit. Zeitarmut ist eine Not vieler berufstätiger Paare. Es ist oft eine Überforderung, wenn das sog. Normalarbeitsverhältnis für beide Elternteile mit kleinen Kindern normal sein soll. Die Politik kann flexible Arbeitszeitmodelle fördern, aber umsetzen müssen sie Unternehmen, auch Unternehmen der Caritas. Sie kennen das Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch, für Hilfesuchende wenn notwendig rund um die Uhr da zu sein, und den Belangen der Mitarbeitenden, die ihren Familien gerecht werden wollen. Zeitarmut ist auch ein Problem vieler, die in ihrer Familie Pflegeverantwortung wahrnehmen, daher unsere Forderung nach einem Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit. Ein politisches Handlungsfeld, das in der Zukunft mehr unsere Aufmerksamkeit fordern wird, ist der soziale Nahraum, in dem Familien wohnen und leben. Familienfreundliche Raumkonzepte werden gleichzeitig auch helfen, die Teilhabe älterer Menschen und von Menschen mit Behinderung zu fördern.

Es gibt also viel zu tun für die Caritas, ob als Dienstleister oder als sozialpolitischer Akteur. Unsere Jahreskampagne hat vielfältige Aspekte, die heute Nachmittag in Fachforen thematisiert werden. Ich freue mich auf die Ergebnisse der Fachforen. Denn wie Präsident Neher bei der Einführung sagte: Die Jahreskampagne endet, die Arbeit für Familien geht weiter. Das sind die Kirche und ihre Caritas schuldig, um zu einem gelingenden Leben für Familien in unserer Gesellschaft beizutragen, in der Mitte und an ihren Rändern.